

Sitzungsniederschrift

13.Sitzung des Betriebsausschusses KVHS Aurich-Norden

Sitzungsort: KVHS Norden, WBZ, Uffenstraße 1, 26506 Norden		
Sitzungsdatum: 23.09.2019	Sitzungsbeginn: 14:30 Uhr	Sitzungsende: 15:27 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Röben, Hinrich	SPD	
Mitglieder		
Altmann, Gila	GRÜNE	
Behrends, Kuno	SPD	
Behrens, Sven	CDU	
Erdmann, Erwin	CDU	
Forster, Hans	SPD	
Harms, Erich	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Rinderhagen, Gerhard	CDU	Vertretung für Wolfgang Sikken
Roß, Helmut	Roß	
Stauß, Detlef	AfD	
Terfehr, Hans	SPD	
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Wirsik, Petra	GRÜNE	
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Beyer, Günter		Dozentenvertreter
Fisser, Marie-Luise		Dozentenvertreterin
Weber, Harm-Uwe		Landrat

Verwaltung

Buß, Jörg	Vertreter Personalrat
Albers, Ilka	Leitungssekretariat KVHS Norden gGmbH
Dannecker, Christine	Leitung Finanzmanagement KVHS Norden gGmbH
Daro-Wetzel, Elke	Protokollführung
Epple, Andreas	Betriebsleiter
Heddinga, Maike	Auszubildende KVHS Norden gGmbH
Hinrichs, Thomas	Leiter der Finanzbuchhaltung
Krabbe, Henni	Kreisrätin
Lesage, Bernd	Betriebsratsvorsitzender KVHS Norden gGmbH
Metz, Gabriele	stellv. Betriebsratsvorsitzende KVHS Norden gGmbH
Müller-Röttger, Oliver	Abteilungsleiter Soziale Dienste KVHS Norden gGmbH
Onnen, Erwin	Betriebsratsvorsitzender KVHS Aurich gGmbH
Steenbock, Nils	stellv. Betriebsratsvorsitzender KVHS Aurich gGmbH
Wilts, Manfred	Standortleiter Aurich

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Feldmann, Rainer	FDP
------------------	-----

Beratende Mitglieder

Lüschen, Hartmut	Dozentenvertreter
Wendt, Sandra	Dozentenvertreterin Norden

Verwaltung

Endelmann, Friedhelm	Standortleiter Norden
----------------------	-----------------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|----|--|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom |

24.06.2019

5. Einwohnerfragestunde
 6. Bericht des Betriebsleiters zum aktuellen Stand der VHS-Arbeit
 7. Aufhebung Sperrvermerk Zuschuss für den Eigenbetrieb Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden
Vorlage: IX/2019/218
 8. Weiterführung Bundesprogramm "Demokratie leben!"
Vorlage: IX/2019/219
 9. Verkauf Teilgrundstück Parkplatz "Am Schlicktief 5" in Norden
Vorlage: IX/2019/220
 10. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
 11. Einwohnerfragestunde
 12. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 9 „Verkauf Teilgrundstück Parkplatz Am Schlicktief 5“ muss auf eine spätere Betriebsausschusssitzung verschoben werden, da noch Unklarheiten zu Bodenrichtwerten für dieses Grundstück entstanden sind, die noch geklärt werden müssen.

Die Tagesordnung wird einstimmig so beschlossen.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 24.06.2019

Bei einer Enthaltung wird die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 24.06.2019 genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Da keine Einwohner der Sitzung beiwohnen, entfällt die Einwohnerfragestunde.

TOP 6 **Bericht des Betriebsleiters zum aktuellen Stand der VHS-Arbeit**

Herr Epple begrüßt die Anwesenden. Er hat zu diesem Tagesordnungspunkt eine Präsentation erstellt, die er erläutert. Die Präsentation ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Er verweist auf verschiedene Höhepunkte, wie z. B. das Fest der Kulturen und Generationen im Juni 2019 sowie das 30jährige Jubiläum der internationalen Sommerakademie mit 230 Teilnehmenden im letzten Monat. Das Konzert im Kulturgarten und das Kindersommerfest Ende August fanden großen Anklang in der Bevölkerung. Die Eröffnung der Jugendberufsagentur Aurich fand ebenfalls Ende August statt. Wie in Norden ist dann in Aurich auch eine flächendeckende Vernetzung für den Übergang von der Schule in den Beruf für junge Menschen gewährleistet. **Herr Epple** trägt weiter vor, dass die Ausbildungsmesse in Aurich ebenfalls ein voller Erfolg war.

Die „Lange Nacht der Volkshochschulen“ fand gerade erst am vergangenen Freitag zum hundertjährigen Bestehen der Volkshochschulen statt. Die Veranstaltung in Norden war trotz des großartigen Angebotes mit einer Zeitreise durch hundert Jahre Volkshochschule leider nicht ganz so gut besucht, während in Aurich über 500 Teilnehmende auf allen Etagen Angebote mit musikalischer Unterhaltung wahrnahmen.

Gemeinsam mit anderen Volkshochschulen im gesamten Bundesgebiet wollen auch die Kreisvolkshochschulen Norden und Aurich einen Beitrag zur politischen Bildung leisten und stellen das neue Herbstsemester unter das Motto „zusammenleben, zusammenhalten“. In diesem Zusammenhang macht **Herr Epple** insbesondere auf zwei Veranstaltungen am 21.11.2019 „Die gespaltene Republik – Bedroht Rechtspopulismus den gesellschaftlichen Zusammenhalt?“ und am 11.12.2019 „Letzte Rettung fürs Klima? Hinter den Kulissen des Weltklimagipfels“ aufmerksam. Diese Veranstaltungen werden an anderen VHS-Standorten im Bundesgebiet durchgeführt, andere Volkshochschulen können sich dann per Livestream dazu schalten.

Anschließend stellt **Herr Epple** die Fortbildung 2019/2020 „Frauen in die Kommunalpolitik“ vor.

Um einmal auch eine andere Klientel in die Kreisvolkshochschule Aurich „zu locken“, wird laut **Herrn Epple** am 01.12.2019 dort ein Flohmarkt veranstaltet.

Weiterhin informiert er über das zehnjährige Jubiläum der Fotogruppe des Mehrgenerationenhauses Norden; die Frauengesundheitswoche wird im November ihr 25-jähriges Jubiläum feiern. Außerdem wird es im November wieder einen Weihnachtspäckchenkonvoi geben.

Nach diesen positiven Meldungen macht **Herr Epple** jedoch auch auf die verschiedenen Risiken in der VHS-Arbeit aufmerksam. Er weist auf die geplante stärkere steuerliche Belastung der allgemeinen Weiterbildung hin. Die geplante Neufassung des Um-



satzsteuergesetzes könne zu einer Verteuerung vieler Angebote führen, da eine Umsatzsteuerbefreiung nur noch für Bildungsangebote vorgesehen sei, die dem beruflichen Fortkommen dienen würden. Betroffen wären vor allem Sprachkurse, kulturelle und Gesundheitsangebote; insgesamt wohl mehr als zwei Drittel aller Kurse an den beiden Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden.

Sicher von der Umsatzsteuer befreit sollen demnach in Zukunft nur noch solche Kurse sein, die beruflich unmittelbar verwertbar sind oder dem Schul- oder Hochschulunterricht zugeordnet werden können. Für alle anderen Kurse müssten die Volkshochschulen künftig Umsatzsteuer erheben. Die Bundesregierung habe den Gesetzesentwurf auf den parlamentarischen Weg gebracht, eine Beschlussfassung durch den Bundestag sei für Ende des Monats geplant. Bundesweit würden die Volkshochschulen gegen die geplante Neufassung protestieren und auf eine Änderung hoffen. **Herr Epple** hat bereits ein Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Johann Saathoff geführt; dieser habe seine Unterstützung zugesagt und wird sich in Berlin dafür einsetzen, dass die VHS-Kurse weiterhin steuerbefreit bleiben.

Die Befürchtungen bezüglich der vom Land finanzierten Sprachkurse sieht **Herr Epple** bestätigt. Das Land habe für 2019/2020 keine neuen Mittel bewilligt, es sollen die Restmittel aufgebraucht werden. Für 2020 soll auf Verpflichtungsermächtigungen zugegriffen werden können. Das habe zur Folge, dass jetzt schon weniger Sprachkurse bewilligt werden. Die Landesregierung habe sich mit der Begründung, die Kurse seien Bundesaufgabe, aus der Förderung zurückgezogen. Nun müsse man sehen, wie sich die Situation entwickeln werde.

Zur Entwicklung der Teilnehmerzahlen in der Flüchtlingsarbeit informiert **Herr Epple**, dass die Kreisvolkshochschulen gemeinsam mit dem Landkreis Aurich (Ausländerbehörde u. Sozialamt) an einem neuen Konzept für das Integrationszentrum Utlandshörn arbeiten. Der aktuelle Dienstleistungsvertrag zur Flüchtlingsarbeit läuft zum Jahresende aus, ab dem 01. Januar 2020 soll das Integrationszentrum Utlandshörn eine neue Ausrichtung erfahren.

Laut **Herrn Epple** habe sich die Klientel in Utlandshörn seit dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise verändert. Fanden dort zunächst vor allem Geflüchtete aus Syrien eine Unterkunft auf Zeit, seien es heute vor allem Männer mit geringen Chancen auf Asyl. Rund 80 % der Bewohner seien von Abschiebung bedroht. Dementsprechend gering sei auch die Motivation der Betroffenen, an Sprachkursen und anderen Maßnahmen teilzunehmen. Das Gegenteil sei der Fall. Der Frust einiger Männer über die unsichere Situation entlädt sich in Sachbeschädigungen. In der Familienunterkunft Moordorf kam es kürzlich auch zu einem tätlichen Angriff auf einen Mitarbeiter.

Insgesamt stellt **Herr Epple** fest, dass die Flüchtlingszahlen rückläufig seien. Auch seien in jüngster Zeit in Aurich vermehrt Asylbewerber aus verschiedenen afrikanischen Staaten aufgenommen worden. Auch mehrere Schutzsuchende kurdischer Herkunft leben aufgrund der Situation in der Türkei in Einrichtungen der KVHS.

Abschließend berichtet **Herr Epple** von der Erarbeitung der strategischen Ziele für 2020 und der folgenden Jahre. Diese werden in der nächsten Betriebsausschusssitzung am 03.12.2019 vorgestellt.

Schlussendlich informiert **Herr Epple** noch über das besondere Jubiläum „25 Jahre Jugendhilfe bzw. Soziale Dienste“. Die Festveranstaltung wird am 26.06.2020 stattfinden.



Der Vorsitzende dankt dem Betriebsleiter für den Vortrag und stellt fest, dass noch viele interessante Aufgaben auf die Volkshochschulen zukommen werden. Er bittet um Wortmeldungen.

Herr Forster führt aus Sicht der SPD-Fraktion aus, wie wichtig der Spracherwerb für eine gelungene Integration sei. Sprachkurse dürften keine Einschnitte erfahren. Eher müssten mehr Sprachkurse angeboten werden. Wenn die Appelle an die Landespolitik nicht fruchten würden, müssten die Kreispolitiker darüber nachdenken, ob finanzielle Mittel vom Landkreis Aurich zur Verfügung gestellt werden könnten.

Herr Behrens stellt fest, dass es wichtig sei, sich auf die aktuelle Flüchtlingssituation einstellen zu können. In der Vergangenheit sei dem Landkreis und insbesondere den Volkshochschulen die Flüchtlingsarbeit sehr gut gelungen. Er spricht den Mitarbeitenden im Bereich der Integration ein großes Lob aus.

Ebenfalls loben möchte er jedoch auch die Mitarbeiter*innen der Kreisvolkshochschulen für ihre Arbeit insgesamt. Von daher sei die verschärfte Richtlinie für die Steuerbefreiung „ein Schlag ins Gesicht“. Die 900 Volkshochschulen in Deutschland organisierten rund 700.000 Veranstaltungen pro Jahr. Bei strenger Auslegung der beruflichen Verwertbarkeit könnten etwa zwei Millionen Teilnehmer*innen finanziell stärker belastet werden. Das würde nach seiner Meinung insbesondere Rentner, Menschen mit Handicap und pflegende Angehörige treffen.

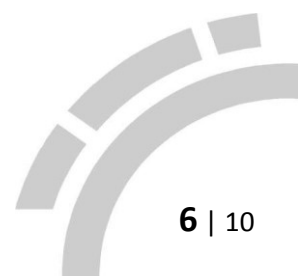
Herr Behrens trägt weiter vor, dass von Seiten der CDU die Volkshochschulen mit der Präsidentin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes Annegret Kramp-Karrenbauer eine Fürsprecherin hätten.

Deutliche Worte kommen vom Dozentenvertreter der Kreisvolkshochschule Norden, **Herrn Beyer**. Nach seiner Meinung geht die Bildungspolitik in Deutschland „den Bach runter“ und eigentlich müsste ein Aufschrei durch die Bevölkerung gehen.

Frau Altmann fragt nach, ob Integrationskurse in Utlandshörn im klassischen Sinne überhaupt noch möglich sind, wenn 80 % der Menschen von Abschiebung bedroht sind. **Herr Epple** antwortet, dass dieses nur auf die Bewohner zutreffen würde, die allesamt Männer seien. Integrationskurse und die Sprachkurse für Frauen laufen weiterhin in Utlandshörn. Hier würden die Teilnehmenden von außerhalb für den Unterricht nach Utlandshörn kommen.

Herr Roß vertritt die These „fördern und fordern“ und fragt nach, was mit den Personen in Utlandshörn geschieht, die Straftaten begehen. **Herr Epple** erläutert, dass die Einrichtung in solchen Fällen die Polizei einschalte, aber ansonsten nicht viel tun könne. Man arbeite mit verschiedenen Behörden an einer neuen Strategie für das Integrationszentrum. Die Menschen müssten ja irgendwo untergebracht werden und ohne Pass z.B. sei eine schnelle Abschiebung nicht möglich.

Zur Umsatzsteuerbefreiung teilt **Frau Seelgen** mit, dass sie es fast schon schizophren findet, dass man einerseits auf das Ehrenamt setzt und andererseits Fortbildungskurse verteuern will. Auf Nachfrage erläutert **Herr Epple**, dass die Integrations Sprachkurse von dieser Regelung ausgegliedert wären, da sie vom Bund bezahlt werden. Andere Sprachkurse hingegen gelten als „Freizeitvergnügen“ und wären zukünftig umsatzsteuerpflichtig.



Jedenfalls drückt **Frau Seelgen** ihre Freude darüber aus, dass die SPD und die CDU sich bemühen, diese Gesetzgebung noch verhindern zu wollen.

TOP 7 **Aufhebung Sperrvermerk Zuschuss für den Eigenbetrieb Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden**
Vorlage: IX/2019/218

Herr Epple teilt mit, dass dem Eigenbetrieb der Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden für das Haushaltsjahr 2018 ein Zuschuss in Höhe von 250.000,- € für nicht kostendeckende Angebote zur Verfügung gestellt worden sei. Ein weiterer Zuschuss in Höhe von 250.000,- € wurde mit einem Sperrvermerk versehen, um nach dem Ergebnis des Jahresabschlusses 2018 den defizitären Teil freizugeben.

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2018 des Eigenbetriebes, der am 24.06.2019 im Betriebsausschuss vorgestellt wurde, weist einen Überschuss in Höhe von 118.163,31 € aus. Dieser Überschuss entstand aus dem Verkaufserlös einer Liegenschaft in Norden, Kleine Hinterlohne 16. Dieses Geld sollte zunächst als Rücklage eingestellt werden, um noch im Jahr 2018 mit der Renovierung einer Liegenschaft in 26532 Großheide, Großheider Straße 46, beginnen zu können.

Da die Übertragung dieser Liegenschaft bis Juni 2019 noch nicht abgeschlossen war, musste im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2018 dieser Verkaufserlös als Überschuss dargestellt werden. Somit kann nur noch von einem Verlustausgleich in Höhe von 15.162,54 € gesprochen werden.

Herr Epple macht deutlich, dass die KVHS auf die Auszahlung des Verkaufserlöses in Höhe von 118.163,31 € angewiesen sei, damit die Renovierung der Liegenschaft in Großheide durchgeführt werden könne. Somit muss der Betrag in Höhe von 133.325,85 € (118.163,31 € + 15.162,54 € Verlustausgleich) aus dem Sperrvermerk an die KVHS ausgezahlt werden; der Rest des mit einem Sperrvermerk versehenen Zuschusses in Höhe von 116.674,15 € verbleibt dem Landkreis Aurich.

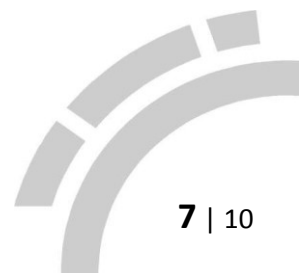
Auf Anfrage von **Herrn Stauß** teilt **Herr Hinrichs** mit, dass das Gebäude im Besitz des Landkreises Aurich verbleibt und der Kreisvolkshochschule Norden kostenfrei zur Verfügung gestellt wird. Es gibt jedoch einen hohen Sanierungsbedarf, der ohne Zeitverzögerung finanziert werden muss.

Auf Anfrage von **Frau Altmann**, zu welchem Zweck dieses Haus renoviert werden soll, teilt **Herr Epple** mit, dass geflüchtete Familien dort untergebracht werden sollen.

Frau Altmann findet diese Aussage in Anbetracht der sinkenden Flüchtlingszahlen widersprüchlich.

Herr Epple macht deutlich, dass durch den Nachzug von Familien ein großer Wohnraumbedarf besteht und dieses Haus auch mit genügend Menschen gefüllt werden kann.

Herr Jelken fand die Beschlussvorlage anfangs für nicht sehr eindeutig; nach den jetzigen Erläuterungen hält die CDU diesen Beschluss nun aber für eine sinnvolle Entscheidung und stimmt dem zu.



Herr Behrends für die SPD schließt sich diesen Ausführungen an und trägt diesen Beschluss ebenfalls mit.

Danach ergeht bei einer Enthaltung einstimmig folgender Beschluss:

Der Sperrvermerk für den Zuschuss des Eigenbetriebes KVHsn Aurich-Norden aus dem Haushaltsjahr 2018 wird aufgehoben. Dem Eigenbetrieb wird ein Zuschuss in Höhe von 133.325,85 € zum Ausgleich des Jahresabschlusses 2018 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 **Weiterführung Bundesprogramm "Demokratie leben!"**
Vorlage: IX/2019/219

Herr Epple trägt vor, dass der Landkreis Aurich die Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ auf die KVHS Norden gGmbH übertragen hat. Die in 2015 begonnene Förderperiode läuft Ende 2019 aus. Für die neue Förderperiode vom 01.01. 2020 – 31.12.2024 haben sich einige Förderbestimmungen verändert. Um die jährliche maximale Fördersumme in Höhe von 125.000,- € pro Jahr zu erhalten, muss der Landkreis Aurich einverstanden und bereit sein, den Eigenanteil in Höhe von 10 % zu übernehmen. Dieses entspräche 12.500 € pro Jahr, über die fünfjährige Förderperiode insgesamt 62.500,- €. Die Zuwendungen des Bundes werden an den Landkreis Aurich grundsätzlich als Teilfinanzierung in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen gewährt.

Mit dem Beschluss des Kreistages zur Kofinanzierung über die gesamte Laufzeit ist eine mehrjährige Bewilligung des Bundesprogrammes für den Landkreis Aurich möglich, so dass auf eine jährliche Antragstellung und Bewilligung verzichtet werden könnte.

Zum bisherigen Projektverlauf informiert **Herr Epple**, dass die Partnerschaft für Demokratie, angesiedelt bei der KVHS Norden gGmbH, in 16 der 18 Stadt- und Landgemeinden im Landkreis Aurich 112 Projekte bislang initiiert bzw. unterstützt hat. Eine weitgehende flächenmäßige Präsenz im Landkreis bei der Vergabe der Projekte und bei der Veranstaltung der jährlich zwei Demokratiefeste bzw. Demokratiekonferenzen konnte erreicht werden.

Die Vollversammlung des Begleitausschusses tagt einmal im Quartal. Zusätzlich konstituieren sich Ausschüsse zur Vorbereitung der Demokratiefeste und Demokratiekonferenzen sowie thematisch arbeitende Projektausschüsse. Bei Einzelmaßnahmen überwiegen die Akteure der Zivilgesellschaft bei der Planung und Durchführung. In den Vorbereitungsausschüssen arbeiten neben Mitgliedern des Begleitausschusses namhafte Akteure aus der Zivilgesellschaft, der Verwaltung und der lokalen Politik mit. Folgende Ziele sollen in der neuen Förderperiode umgesetzt werden:

1. Stärkung des demokratischen Engagements von Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund
2. Partizipation sozial benachteiligter Gesellschaftsgruppen
3. Stärkung des demokratischen Engagements von Multiplikator*innen
4. Gesellschaftspolitische Sensibilisierung der Verwaltung



5. Stärkung des demokratischen Engagements von Menschen mit Behinderungen

Herr Forster seitens der SPD stimmt dem Programm zu. Es laufe seit Jahren sehr gut und gerade in Zeiten von vermehrtem Rechtsextremismus sei dieses Programm extrem wichtig. Er schlägt vor, dass dieses Programm in einer der nächsten Sitzungen einmal detailliert vorgestellt wird.

Frau Seelgen von den Linken befürwortet diesen Antrag ebenfalls, besonders vor dem Hintergrund der zurzeit herrschenden antidemokratischen Lage.

Herr Jelken seitens der CDU stimmt auch zu. Dieses Programm müsse – gerade nach dem Ergebnis der letzten Wahl – unbedingt weitergeführt werden.

Es ergeht einstimmig folgender Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Kofinanzierung für die weitere Umsetzung des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ für die Förderperiode 2020 – 2024 mit einem jährlichen Eigenanteil in der Höhe von 12.500 € (Gesamteigenanteil für die Förderperiode 62.500,- €).

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 Verkauf Teilgrundstück Parkplatz "Am Schlicktief 5" in Norden Vorlage: IX/2019/220

Dieser Punkt wird auf die nächste Betriebsausschusssitzung am 03.12.2019 verschoben.

TOP 10 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 11 Einwohnerfragestunde

Da zu der öffentlichen Sitzung immer noch keine Einwohner erschienen sind, ist auch keine Einwohnerfragestunde erforderlich.

TOP 12 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 15.27 Uhr.

gez. Röben
Vorsitzender

gez. Daro-Wetzel
Protokollführerin

